

GROSSER RAT

Augustsession 2022

Anfrage Gort betreffend Behandlungsfristen in der Raumplanung

Bereits in der Fraktionsanfrage SVP in der Dezembersession 2021 betreffend BAB-Verfahren wurde kritisiert, dass die Behandlungsfristen im ARE zum Teil sehr lang sind. So ist zum Beispiel ein Fall in der Gemeinde Küblis in diesem Herbst seit vier Jahren hängig.

In der Antwort der Regierung wurde festgehalten, dass bei 94 Prozent der Gesuche in der häufigsten BAB-Verfahrenskategorie die Behandlungsfrist von drei Monaten gemäss Art. 49 Abs. 2 der kantonalen Raumplanungsverordnung (KRVO) eingehalten werde. Wie aber ein paar Fälle in Küblis zeigen, sind jene Gesuche, welche dann nicht innerhalb der Frist behandelt werden, umso ärgerlicher. Im oben erwähnten Artikel der KRVO ist zudem festgehalten, dass die Erledigungsfrist bei BAB-Verfahren mit Einsprachen, UVP und erhöhtem Koordinationsbedarf maximal fünf Monate betragen soll.

Wie sich im Austausch mit den Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten in der Region Prättigau/Davos herausgestellt hat, ist die Gemeinde Küblis kein Sonderfall, sondern es gibt in fast allen Gemeinden ähnliche Erfahrungen. Zuletzt zeigte sich dies auch bei einem Fall in Klosters, bei welchem im Zusammenhang mit «800 Jahre Klosters» ein normales BAB-Gesuch eingereicht wurde, das trotz Vorprüfung und vollständigen Gesuchsunterlagen auch nach einem halben Jahr noch nicht bewilligt war.

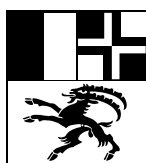
Auch in weiteren Raumplanungsbereichen sehen sich die Gemeinden mit sehr langen Behandlungsfristen konfrontiert. Bei Ortsplanungsrevisionen kommt es regelmässig zu grossen Verzögerungen, ebenso z. B. bei Gewässerraumausscheidungen. Sind mehrere kantonale Ämter oder Fachstellen involviert (namentlich ANU, Denkmalpflege, AWN), steigen die Bearbeitungsfristen auch bei einfachen Projekten stark an. Sollte auch noch der Einbezug einer Bundesstelle notwendig sein (z. B. für Seilbahnprojekte), kann man sich auch ohne Gerichtsprozesse gleich auf mehrjährige Verfahren gefasst machen. Wir stellen zudem fest, dass die aktuelle Überarbeitung der regionalen Richtpläne mit der gleichzeitigen Anpassung der kommunalen Planungen (KRL, Ortsplanungen) Gemeinden, Regionen, Kanton und Fachbüros sehr stark herausfordern, wenn nicht überfordern.

Die Unterzeichnenden stellen folgende Fragen:

1. a) Bei wie vielen BAB-Gesuchen konnte seit 2018 die maximale Bearbeitungsdauer von fünf Monaten gemäss KRVO nicht eingehalten werden?
b) Wie viele BAB-Gesuche sind aktuell seit mehr als fünf Monaten hängig?
c) Wie werden diese Verzögerungen begründet?
d) Wie lassen sich diese Verfahren verkürzen?
2. a) Welche zeitlichen Vorgaben gibt es für die Behandlung von Ortsplanungsrevisionen, Gewässerraumausscheidungen, Anpassung von Gefahrenzonen und weiteren ähnlichen Themen?
b) Werden diese allfälligen Vorgaben eingehalten?
3. Wie können Verfahren mit mehreren beteiligten kantonalen Ämtern und Fachstellen gestrafft und in einem zweckmässigen zeitlichen Rahmen abgeschlossen werden?
4. Hat die Regierung einen Plan, um insbesondere im ARE Pendenzen abzubauen und Fristen bei möglichst allen Gesuchen einzuhalten?

Chur, 3. September 2022

Gort, Kasper, Gansner, Adank, Berweger, Brandenburger, Butzerin, Candrian, Casutt, Cortesi, Crameri (Surava), Della Cà, Derungs, Dürler, Favre Accola, Grass, Hartmann, Hohl, Hug, Jochum, Koch, Krättli, Lehner, Luzio, Maissen, Menghini-Inauen, Metzger, Morf, Rauch, Roffler, Saratz Cazin, Schutz, Sgier, Stocker, Weber



Sitzung vom

17. Oktober 2022

Mitgeteilt den

19. Oktober 2022

Protokoll Nr.

800/2022

Anfrage Gort

betreffend Behandlungsfristen in der Raumplanung

Antwort der Regierung

Zu Frage 1: Seit dem Jahr 2018 wurden insgesamt 4727 Gesuche für Bauvorhaben ausserhalb der Bauzone (BAB) vom Amt für Raumentwicklung (ARE) bearbeitet. Dabei wurde bei 110 Gesuchen die Erledigungsfrist gemäss Art. 49 Abs. 2 der Raumplanungsverordnung für den Kanton Graubünden (KRVO; BR 801.110) nicht eingehalten. Aktuell sind 106 BAB-Gesuche seit mehr als fünf Monaten beim ARE hängig. Die längeren Verfahren in diesen wenigen Fällen liegen hauptsächlich darin begründet, dass die Gesuchunterlagen unvollständig eingereicht wurden (53 Fälle), dass es sich um komplexe nachträgliche Gesuche für widerrechtlich bereits erstellte Bauten (WIB) handelt (30 Fälle) sowie dass Verfahren sistiert werden mussten oder nachträgliche Projektänderungen vorgenommen wurden (20 Fälle). Die Verzögerungen bei den restlichen drei Verfahren haben unterschiedliche Ursachen.

Bei WIB und den Sistierungen können die Verfahren nicht verkürzt werden. Bei den anderen (unvollständige Gesuchunterlagen) kann zur Verfahrensbeschleunigung beigetragen werden, indem vollständige Gesuche eingereicht werden. Gemäss Art. 87 Abs. 3 des Raumplanungsgesetzes für den Kanton Graubünden (KRG; BR 801.100) überweist die kommunale Baubehörde BAB-Gesuche, bei denen sie die Voraussetzungen für eine Bewilligung als erfüllt betrachtet, mit begründetem Antrag dem ARE. Andernfalls weist sie das Gesuch von sich aus ab. Dies setzt voraus, dass die Gemeinde die Gesuche auf Vollständigkeit hin prüft und den rechtserheblichen Sachverhalt ermittelt und somit auch fehlende Unterlagen nachfordert. Muss demgegenüber der Kanton dies tun oder ergänzende Abklärungen vornehmen, ist die logische Folge, dass die Frist von fünf Monaten nicht eingehalten werden kann.

Zu Frage 2: Die Ausscheidung von Gewässerraumzonen oder Gefahrenzonen erfolgt im Rahmen einer kommunalen Nutzungsplanung (Ortsplanung). Das Verfahren zur Genehmigung von Nutzungsplanungen durch die Regierung darf zusammen mit dem

Vorprüfungsverfahren nicht länger als acht Monate dauern (Art. 49 Abs. 4 KRG). Kann diese Frist nicht eingehalten werden, teilt das ARE der Gemeinde gestützt auf Art. 5 Abs. 3 KRG die Verzögerung vor Ablauf der Frist mit kurzer Begründung und unter Bekanntgabe einer neuen Erledigungsfrist mit.

Seit 2018 wurden 225 Ortsplanungsrevisionen von der Regierung genehmigt. Bei 97 Revisionsverfahren musste die Erledigungsfrist verlängert werden. In vielen Fällen liegt der Grund für die Fristverlängerung in Planungsbeschwerden (seit 2018 wurden 185 Planungsbeschwerden erhoben), über welche die Regierung zeitgleich mit der Genehmigung zu entscheiden hat. Die Behandlung der Planungsbeschwerden ist regelmässig zeitintensiv, zumal den Verfahrensbeteiligten das rechtliche Gehör zu gewähren ist, oft viele Schriftenwechsel erfolgen und die Beschwerdeentscheide zusätzlicher Abklärungen und eingehender Begründungen bedürfen.

Zu Frage 3: Die vorgenannten Erledigungsfristen für BAB und Genehmigungsverfahren von Ortsplanungen gelten auch, wenn mehrere kantonale Dienststellen involviert sind. Sind Zusatzbewilligungen erforderlich, so werden die Verfahren koordiniert und nötigenfalls ein Gesamtentscheid gefällt (vgl. Art. 50 Abs. 2 KRG bzw. Art. 88 KRG). Die geltende Praxis trägt somit einer koordinierten und verfahrensökonomischen Erledigung der entsprechenden Geschäfte hinreichend Rechnung.

Zu Frage 4: Vor dem Hintergrund der dargelegten Erledigungsstatistik zu den BAB sieht die Regierung hier keinen Handlungsbedarf beim Kanton. Die Verfahrensdauer bei der Genehmigung von Ortsplanungen ist auf die zunehmende Anzahl und Komplexität der Vorlagen, der vermehrten Planungsbeschwerden sowie der hohen Arbeitslast im ARE zurückzuführen. Im Hinblick auf die "Planungswelle" im Zusammenhang mit der Umsetzung der ersten Etappe der Revision des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG1) wird sich diese Situation in den kommenden Jahren weiter akzentuieren. Die Ressourcensituation im ARE wird regelmässig geprüft. Die allfällige nötig werdende Schaffung von zusätzlichen Ressourcen ist allerdings nicht ohne weiteres möglich.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

CUSSEGL GROND

Sessiun d'avust 2022

Dumonda Gort concernent ils termins da tractament da la planisaziun dal territori

Gia en la dumonda da la fracziun da la PPS en la sessiun da december 2021 concernent las proceduras EOZ èsi vegnì crititgà, ch'ils termins da tractament dal UST sajan per part memia lungs. En la vischnanca da Küblis per exempel è in cas pendent quest atun dapi 4 onns.

En la resposta da la Regenza èsi vegnì menziunà, ch'il termin da tractament da 3 mais tenor l'art. 49 al. 2 da l'Ordinaziun chantunala davart la planisaziun dal territori (OPTGR) vegnia observà tar 94 pertschient da las dumondas da la categoria EOZ la pli frequenta. Sco ch'in pèr exempels a Küblis mussan però, èn quellas dumondas, che na vegnan lura betg tractadas entaifer il termin, tant pli malempernaivlas. En l'artitgel da la OPTGR menziunà qua survart èsi plinavant fixà, ch'il termin per liquidar proceduras EOZ cun protesta, cun examinaziun ecologica e cun in basegn da coordinaziun augmentà, duaja durar maximalmain 5 mais.

Sco ch'igl è resultà d'in barat cun las presidentas ed ils presidents communalas en la regiun Partenz/Tavau, n'è la vischnanca da Küblis betg in cas spezial, mabain en quasi tut las vischnancas èn vegnidas fatgas experientschas sumegliantas. La finala è quai er sa mussà tar in cas a Clastra, nua ch'igl era vegnida inoltrada ina dumonda EOZ normala en connex cun il giubileum «800 onns Clastra». Malgrà preexaminaziun e documents da dumonda cumplets n'era questa dumonda er suenter in mez onn anc betg vegnida approvada.

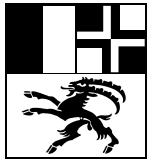
Er en auters secturs da la planisaziun dal territori vegnan las vischnancas confruntadas cun fitg lungs termins da tractament. Tar revisiuns da la planisaziun locala datti regularmain gronds retards, medemamain p.ex. tar determinaziuns dal spazi d'auas. Sche plirs uffizis u posts spezialisads chantunals èn involvids (spezialmain il UNA, la Tgira da monuments, il UGP), sa prolungheschan ils termins d'elavuraziun fermamain er tar projects simpels. Sch'i duess er anc esser necessari d'integrar in post federal (p.ex. per projects da pendicularas), ston ins gist far quint cun ina procedura da plirs onns, e quai er senza process giudizials. Nus constatain plinavant, che la revisiun actuala dals plans directivs regiunals cun l'adattaziun parallela da las planisaziuns localas (model directiv communal dal territori, planisaziuns localas) è ina fitg gronda sfida u schizunt ina surpretensiun per las vischnancas, per las regiuns, per il chantun e per ils biros spezialisads.

Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders fan las suandantas dumondas:

1. a) Tar quantas dumondas EOZ n'èsi – dapi l'onn 2018 – betg stà pussaivel d'observar la durada d'elavuraziun maximala da 5 mais tenor la OPTGR?
b) Quantas dumondas EOZ èn actualmain pendentas dapi pli ditg che 5 mais?
c) Co vegnan motivads quests retards?
d) Co fissi pussaivel da scursanir questas proceduras?
2. a) Tge directivas temporalas datti per tractar revisiuns da la planisaziun locala, determinaziuns dal spazi d'auas, adattaziuns da zonas da privel ed ulteriurs temas sumegliants?
b) Vegnan observadas questas directivas?
3. Co pon proceduras, nua che plirs uffizis e posts spezialisads chantunals èn participads, vegnir optimadas e terminadas en in rom temporal adequat?
4. Ha la Regenza in plan per reducir las pendenzas e per pudair observar ils termins tar sche pussaivel tut las dumondas, e quai en spezial tar il UST?

Cuira, ils 3 da settember 2022

Gort, Kasper, Gansner, Adank, Berweger, Brandenburger, Butzerin, Candrian, Casutt, Cortesi, Cramer (Surava), Della Cà, Derungs, Dürler, Favre Accola, Grass, Hartmann, Hohl, Hug, Jochum, Koch, Krättli, Lehner, Luzio, Maissen, Menghini-Inauen, Metzger, Morf, Rauch, Roffler, Saratz Cazin, Schutz, Sgier, Stocker, Weber



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

17 d'october 2022

19 d'october 2022

800/2022

Dumonda Gort

concernent ils termins da tractament da la planisaziun dal territori

Resposta da la Regenza

Tar la dumonda 1: Dapi l'onn 2018 ha l'Uffizi per il svilup dal territori (UST) elavurà en total 4727 dumondas per edifizis e stabiliments ordaifer la zona da construcziun (EOZ). Tar 110 da questas dumondas n'ha il termin da liquidaziun tenor l'art. 49 al. 2 da l'Ordinaziun davart la planisaziun dal territori (OPTGR; DG 801.110) betg pudì vegnir observà. Tar il UST è actualmain 106 dumondas EOZ pendentas dapi pli ditg che 5 mais.

Raschuns per la durada pli lunga da quests paucs cas èn principalmain quellas, ch'ils documents da dumonda èn vegnids inoltrads incumplets (53 cas), ch'i sa tracta da dumondas posteriuras complexas per edifizis gia construids illegalmain (30 cas) sco er che proceduras han stuì vegnir sistidas u ch'igl ha dà midadas posteriuras dal project (20 cas). Ils retards tar las trais proceduras restantas han differentas raschuns. En cas d'edifizis construids illegalmain ed en cas da las sistidas na pon las proceduras betg vegnir scursanidas. En ils ulteriurs cas (documents da dumonda incumplets) èsi pussaivel da gidar ad accelerar la procedura cun inoltrar dumondas cumpletas. Tenor l'art. 87 al. 3 da la Lescha davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischun (LPTGR; DG 801.100) trametta l'autorità communal da construcziun las dumondas EOZ, tar las qualas ella è da l'avis che las premissas per ina permissiun sajan dadas, cun ina dumonda motivada al UST. Cas cuntrari refusa ella la dumonda da sai anor. Quai premetta che la vischnanca controlla, che las dumondas sajan cumpletas, e ch'ella erueschia il fatg giuridicmain relevant e pretendia uschia er l'inoltraziun posteriura dals documents mancants. Sch'igl è però uschia, ch'il chantun sto far quai u ch'el sto far scleriments complementars, lura è la conseguenza logica ch'il termin da 5 mais na po betg vegnir observà.

Tar la dumonda 2: La determinaziun da zonas da spazi d'auas u da zonas da privel vegn fatga en il rom d'ina planisaziun d'utilisaziun communal (planisaziun locala). Ensemen cun la procedura d'examinaziun preliminar na dastga la procedura d'approvaziun da planisaziun d'utilisaziun tras la Regenza betg durar pli che 8 mais (art. 49 al. 4 LPTGR). Sche quest termin na po betg vegnir observà, communitge-

scha il UST – sin basa da l'art. 5 al. 3 LPTGR – il retard a la vischnanca avant la scadenza dal termin, e quai inditgond ina curta motivaziun e communitgond in nov termin da liquidaziun.

Dapi l'onn 2018 ha la Regenza approvà 225 revisiuns da la planisaziun locala. Tar 97 proceduras da revisiun ha il termin da liquidaziun stuì vegnir prolungà. En blers dals cas èn recurs da planisaziun la raschun per ina prolungaziun dal termin (dapi il 2018 èn vegnids inoltrads 185 recurs da planisaziun). La Regenza sto decider a medem temp davart ils recurs e davart l'approvaziun. Il tractament dals recurs da planisaziun dovra regularmain bler temp, perquai ch'i sto vegnir concedida l'attenziun giuridica a las persunas participadas a la procedura, perquai ch'i dat savens blera correspundenza en chausa e perquai che las decisiuns da recurs pretendan scleriments supplementars ed ina motivaziun detagliada.

Tar la dumonda 3: Ils termins da liquidaziun per dumondas EOZ e per proceduras d'approvaziun da planisaziuns localas valan er, sch'i èn involvids plirs posts da servetsch chantunals. Sch'i dovra permissiuns supplementaras, vegnan las proceduras coordinadas ed en cas da basegn vegn prendida ina decisiun generala (cf. art. 50 al. 2 LPTGR resp. art. 88 LPTGR). La pratica vertenta tegna uschia sufficientamain quint d'ina liquidaziun coordinada e d'ina procedura economica da las fatschentas respectivas.

Tar la dumonda 4: Sut l'aspect da la statistica da liquidaziun da las EOZ preschenta na vesa la Regenza qua nagin basegn d'agir dal chantun. La durada da la procedura per l'approvaziun da planisaziuns localas è d'attribuir a la complexità pli e pli intensiva ed al dumber creschent dals projects, als adina dapli recurs da planisaziun sco er a la gronda chargia da lavur dal UST. En vista a la «unda da planisaziun» en connex cun la realisaziun da l'emprima etappa da la revisiun da la Lescha federala davart la planisaziun dal territori (LPT1) vegn questa situaziun anc a s'accentuar pli fitg ils proxims onns. La situaziun da las resursas en il UST vegn examinada regularmain. Da stgaffir resursas supplementaras – quai che pudess daventar necessari – n'è dentant betg senz'auter pussaivel.



En num da la Regenza

Il president:

Marcus Caduff

Il chancelier:

Daniel Spadin

GRAN CONSIGLIO

Sessione di agosto 2022

Interpellanza Gort concernente i termini per l'evasione nella pianificazione territoriale

Già nella sessione di dicembre 2021, nell'interpellanza di frazione UDC concernente la procedura EFZ è stato criticato il fatto che i termini per l'evasione presso l'UST-GR sono in parte troppo lunghi. Un esempio è un caso nel Comune di Küblis che quest'autunno sarà inevaso da quattro anni.

Nella risposta del Governo è stato addotto che per il 94 per cento delle domande nelle categorie di procedura EFZ più frequenti il termine per l'evasione di tre mesi conformemente all'art. 49 cpv. 2 dell'ordinanza cantonale sulla pianificazione territoriale (OPTC) verrebbe rispettato. Come però mostrano alcuni casi a Küblis, la mancata evasione di domande entro il termine è tanto più spiacevole. Nell'articolo dell'OPTC precedentemente menzionato viene inoltre stabilito che per procedure EFZ con opposizioni, EIA e bisogno di coordinamento elevato il termine per l'evasione dovrebbe essere al massimo di cinque mesi.

Da quanto è emerso nello scambio con i sindaci della regione Prättigau/Davos, il Comune di Küblis non rappresenta un caso eccezionale, bensì si riscontrano esperienze simili in quasi tutti i comuni. Più recentemente, ciò si è verificato anche in un caso a Klosters, nel quale in relazione all'iniziativa «800 Jahre Klosters» era stata inoltrata una normale domanda EFZ, la quale sei mesi più tardi non era ancora stata autorizzata nonostante l'esame preliminare e la documentazione di domanda completa.

Anche in altri settori della pianificazione territoriale i comuni si vedono confrontati con termini per l'evasione molto lunghi. In relazione alle revisioni della pianificazione locale si verificano regolarmente grandi ritardi, come pure ad esempio in caso di delimitazioni di spazi riservati alle acque. Se il caso vede coinvolti più uffici o servizi specializzati (segnatamente UNA, Servizio monumenti, UFP), i termini per l'evasione si allungano in maniera importante anche per progetti semplici. Se poi è necessario anche il coinvolgimento di un ufficio federale (ad es. per progetti di funivia) occorre essere preparati a procedure della durata di più anni anche senza processi giudiziari. Constatiamo inoltre che l'attuale elaborazione dei piani direttori regionali con il contemporaneo adeguamento delle pianificazioni comunali (LGTC, pianificazioni locali) rappresenta una sfida ingente, se non addirittura eccessiva per comuni, regioni, Cantone e uffici specializzati.

Le firmatarie e i firmatari pongono le domande seguenti:

1. a) Per quante domande EFZ inoltrate dal 2018 non è stato possibile rispettare il termine massimo per l'evasione pari a cinque mesi conformemente all'OPTC?
b) Quante domande EFZ sono attualmente ancora pendenti da più di cinque mesi?
c) Come vengono motivati questi ritardi?
d) Come si possono abbreviare queste procedure?
2. a) Quali prescrizioni temporali sono previste per l'evasione di revisioni della pianificazione locale, delimitazioni di spazi riservati alle acque, adeguamenti di zone di pericolo e altri temi simili?
b) Queste eventuali prescrizioni vengono rispettate?
3. Come è possibile snellire ed evadere con tempistiche opportune le procedure che prevedono il coinvolgimento di più uffici cantonali e servizi specializzati?
4. Il Governo dispone di un piano per ridurre le pendenze e rispettare i termini possibilmente per tutte le domande, in particolare presso l'UST-GR?

Coira, 3 settembre 2022

Gort, Kasper, Gansner, Adank, Berweger, Brandenburger, Butzerin, Candrian, Casutt, Cortesi, Cramer (Surava), Della Cà, Derungs, Dürler, Favre Accola, Grass, Hartmann, Hohl, Hug, Jochum, Koch, Krättli, Lehner, Luzio, Maissen, Menghini-Inauen, Metzger, Morf, Rauch, Roffler, Saratz Cazin, Schutz, Sgier, Stocker, Weber



Seduta del

17 ottobre 2022

Comunicato il

19 ottobre 2022

Protocollo n.

800/2022

Interpellanza Gort

concernente i termini per l'evasione nella pianificazione territoriale

Risposta del Governo

In merito alla domanda 1: dal 2018 l'Ufficio per lo sviluppo del territorio (UST-GR) ha elaborato un totale di 4727 domande di costruzione per progetti fuori delle zone edificabili (EFZ). Per 110 di queste domande, il termine per l'evasione conformemente all'art. 49 cpv. 2 dell'ordinanza sulla pianificazione territoriale del Cantone dei Grigioni (OPTC; CSC 801.110) non è stato rispettato. Attualmente, presso l'UST-GR 106 domande EFZ sono pendenti da più di cinque mesi.

Le procedure più lunghe in questi pochi casi sono principalmente dovute al fatto che la documentazione di domanda è stata inoltrata in modo incompleto (53 casi), che si tratta di domande complesse inoltrate a posteriori per costruzioni illegali già realizzate (30 casi) nonché al fatto che è stato necessario sospendere le procedure o che sono state apportate modifiche a posteriori ai progetti (20 casi). I ritardi per le tre procedure rimanenti sono dovuti ad altre cause.

Per le costruzioni illegali e le sospensioni non è possibile abbreviare le procedure. Per gli altri casi (documentazione di domanda incompleta) è possibile contribuire ad accelerare le procedure presentando domande complete. Conformemente all'art. 87 cpv. 3 della legge sulla pianificazione territoriale del Cantone dei Grigioni (LPTC; CSC 801.100), l'autorità edilizia comunale trasmette, con una domanda motivata all'UST-GR, le domande EFZ per le quali ritiene soddisfatti i presupposti. Altrimenti respinge la domanda. Ciò presuppone che il comune verifichi la completezza delle domande e che determini la fattispecie giuridicamente rilevante ed esiga così anche la documentazione mancante. Se invece tale compito spetta al Cantone o se esso deve procedere a chiarimenti supplementari, il fatto che il termine di cinque mesi non venga rispettato è una logica conseguenza.

In merito alla domanda 2: la delimitazione di spazi riservati alle acque o di zone di pericolo avviene nel quadro di una pianificazione dell'utilizzazione comunale (pianificazione locale). La procedura di approvazione di pianificazioni dell'utilizzazione da parte del Governo insieme alla procedura d'esame preliminare non deve durare più

di otto mesi (art. 49 cpv. 4 LPTC). Se non è possibile rispettare tale termine, conformemente all'art. 5 cpv. 3 LPTC l'UST-GR comunica al comune il ritardo prima della scadenza con una breve motivazione e fissa un nuovo termine per l'evasione.

Dal 2018, il Governo ha approvato 225 revisioni della pianificazione locale. Nel caso di 97 procedure di revisione è stato necessario prorogare il termine per l'evasione. In molti casi, la ragione della proroga del termine è da imputare ai ricorsi di pianificazione (dal 2018 sono stati presentati 185 ricorsi di pianificazione), in relazione ai quali il Governo deve emettere una decisione contemporaneamente alla decisione di approvazione. L'evasione di ricorsi di pianificazione richiede regolarmente molto tempo, soprattutto dato che ai partecipanti alla procedura deve essere concesso il diritto di essere sentiti, che spesso si verificano numerosi scambi di scritti e che le decisioni su ricorso richiedono chiarimenti supplementari e motivazioni dettagliate.

In merito alla domanda 3: i termini per l'evasione di procedure EFZ e di procedure di approvazione di pianificazioni locali precedentemente menzionati sono validi anche se sono coinvolti più uffici cantonali. Se sono necessarie autorizzazioni supplementari, le procedure vengono coordinate e viene presa una decisione unica (cfr. art. 50 cpv. 2 LPTC e art. 88 LPTC). La prassi vigente tiene così conto in maniera sufficiente di un'evasione coordinata e a vantaggio dell'economia di procedura delle domande corrispondenti.

In merito alla domanda 4: nel contesto della statistica relativa all'evasione delle procedure EFZ esposta, il Governo non vede nessuna necessità di agire. La durata delle procedure in caso di approvazione di pianificazioni locali è da ricondurre al numero crescente e alla complessità dei progetti, all'aumento del numero di ricorsi di pianificazione nonché all'elevato carico di lavoro presso l'UST-GR. In vista dell'"ondata di pianificazione" in relazione all'attuazione della prima fase della revisione della legge federale sulla pianificazione del territorio (LPT1), nei prossimi anni tale situazione si accentuerà ulteriormente.

La situazione delle risorse presso l'UST-GR viene regolarmente verificata. Tuttavia l'eventuale necessità di creare risorse supplementari non è facilmente attuabile.



In nome del Governo

Il Presidente:

Marcus Caduff

Il Cancelliere:

Daniel Spadin